

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ralf Stadler

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Böhm

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Markus Plenk

Abg. Manfred Eibl

Abg. Michael Busch

Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO₂-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen (Drs. 18/16402)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist Herr Kollege Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Während sich die Altparteien in ihrer Heuchelei über explodierende Energiepreise überschlagen, wissen Hinz und Kunz inzwischen nicht mehr, wie sie mit ihrem Auto zur Arbeit kommen sollen. Bei Geringverdienern und Rentnern sieht die Lage im Hinblick auf den kommenden Winter noch dramatischer aus. Der Gaspreis ist um 130 % gestiegen. Der Ölpreis hat sich verdoppelt. Ausgerechnet die Politiker der Kartellparteien, die uns diesen Saustall eingebrockt haben, ausgerechnet diese Versager reden nun von der Notwendigkeit sofortiger Entlastungen. Fahrt doch einmal hin zu einer Tankstelle und unterhaltet euch mit den Leuten! Die erzählen euch dann, was wahr ist!

Markus Söder hat kürzlich eine Gaspreisbremse gefordert. Hätte er vor dieser Forderung erst einmal seinen fränkischen Zentralrechner eingeschaltet, hätte er geschnallt, dass er dafür mitverantwortlich ist. Meine Damen und Herren, Sie haben unter dem Geschäftsmodell Klimaschutz in den vergangenen Jahren eine energiebezogene Abgabe nach der anderen eingeführt. Erst nehmen Sie den Bürgern mit der jährlich steigenden EEG-Umlage das mühsam Ersparte ab, und dann toppen Sie das Ganze noch mit der Einführung der CO₂-Steuer, selbstverständlich mit breiter Unterstützung aller Parteien außer der AfD.

Immer mehr Bürger begreifen: Die Mehrheit der Mandatsträger hier im Plenum ist nicht mehr in der Lage, den Crashkurs der eigenen Politik zu erkennen, und somit politisch unzurechnungsfähig. Deshalb läuft auch das Volksbegehren "Landtag abberufen". Wenn ich heute für 1,70 Euro tanke, kassiert der Staat mit jedem Liter fast einen ganzen Euro. Jeder Wegelagerer oder Raubritter gratuliert zu diesem Geschäftsmodell.

Wir von der AfD tragen diesen energiepolitischen Wahnsinn jedenfalls nicht mit. Die CO₂-Steuer muss gestrichen werden, und zwar sofort. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingereicht, mit dem wir die Bürger wirksam und dauerhaft entlasten möchten.

Sehr geehrte Kollegen, wenn Sie aufrichtig eine Entlastung der Menschen in unserem Land schaffen möchten, dann stimmen Sie bitte unserem Antrag zu, bevor dieser Landtag von den Bürgern abberufen wird.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Benjamin Miskowitsch für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, habe die Ehre AfD! Vielen Dank für diese drei Hochzieher. Ehrlich gesagt: Ihr klebt heute tatsächlich an diesem Rednerpult. Sie haben diese drei Anträge aus dem Wirtschaftsausschuss hochgezogen, die knallharter Quatsch sind. Ich weiß nicht, warum wir alle heute dafür Zeit investieren sollen. Herr Stadler, auch wenn ich Ihre Wortwahl für dieses Hohe Haus mehr als fragwürdig finde, werde ich mir Mühe geben, die Anträge wenigstens in Teilen inhaltlich zu würdigen. Ich sage aber jetzt schon: Mein Vorwort wird länger gewesen sein als die inhaltliche Auseinandersetzung.

Die Staatsregierung unterstützt die weltweiten Klimaschutzanstrengungen und die CO₂-Minderungsziele der EU-Kommission und der Bundesregierung. Das ist unser politischer Weg, und davon lassen wir uns auch von Ihnen nicht abbringen. Dazu müssen die fossilen Energieträger noch mehr zurückgedrängt und erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden. Es sollen technologieoffene, marktwirtschaftliche und kosteneffiziente Ansätze, eine Lenkungswirkung zur CO₂-Reduktion und ein Anreiz zu nachhaltigen Alternativen geschaffen werden.

Umgerechnet auf den Liter Benzin oder Diesel betragen die zusätzlichen Kosten im Jahr 2021 rund 7 Cent pro Liter. Die in Ihrem Dringlichkeitsantrag angeführte Preissteigerung von 30 bis 35 Cent pro Liter kann auf keine Fakten zurückgeführt werden. Die Belastung der privaten Haushalte abzufedern, ist natürlich auch unser erklärtes Ziel. Ich selbst komme aus dem ländlichen Bereich. Ich kenne die Problematik. Deswegen wird die Pendlerpauschale erhöht. Außerdem gibt es eine Mobilitätsprämie für Geringverdiener. Dazu wurde die EEG-Umlage für das Jahr 2021 auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde bzw. auf 6 Cent stabilisiert. Damit werden die Stromverbraucher entlastet. Außerdem hat die Bundesregierung angekündigt, auch die zukünftigen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für die Absenkung der EEG-Umlage einzusetzen.

Inhaltlich gibt es von Ihnen also wiederum nur Parolen und nichts Vernünftiges. Wir werden diesen Antrag auch hier im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Uns liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion vor, die gerade noch rechtzeitig eingegangen ist.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Kollege, wahrscheinlich ist es Ihnen entgangen, dass der künftige Koalitionspartner, die GRÜNEN, bereits ganz laut just über die Abschaffung dieser Pendlerpauschale diskutiert. Finden Sie es nicht einfach beschä-

mend, mit welcher Arroganz Sie hier stehen und die künftige Armut unserer Pendler gutheißen?

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Miskowitsch (CSU): Na ja, vielleicht ist es Arroganz. Bei Ihnen ist es überzeichnetes Selbstbewusstsein. Ich würde sagen, Sie fragen einfach den nachfolgenden Redner, was er davon hält. Von daher brauche ich jetzt keine Antwort zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese drei Anträge, über die wir jetzt spätabends noch diskutieren, sind überflüssig, und sie sind falsch. Herr Miskowitsch, Sie haben es schon gesagt: Die Behauptung, dass der Benzinpreis wegen des CO₂-Preises im letzten Jahr um 30 % gestiegen sei, ist einfach falsch. Die Quelle dazu ist noch richtig. Sie von der AfD können also nicht einmal richtig abschreiben. Was wir hier geboten bekommen, ist schon maximal traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der CO₂-Preis liegt gerade bei 25 Euro pro Tonne. An der Tankstelle macht das gerade einmal 7 Cent und nicht 30 Cent pro Liter aus. Sie schreiben im Antrag, Schwankungen des Ölpreises seien an der Tankstelle kaum bemerkbar. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ihr krampfhaftes Festhalten am Verbrenner führt uns in die Situation, dass die Abhängigkeiten noch viel stärker werden.

Wir GRÜNEN nehmen den Anstieg der Verbraucherpreise und damit die höhere Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ernst und versuchen, Lösungen zu finden. Wir

versuchen, aus der Abhängigkeit von den Ölscheichs und von Putin herauszukommen. Wir wollen eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen den Nahverkehr attraktiver machen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie. Wir setzen auf mehr E-Mobilität, und wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, über ein Energiegeld die Einnahmen aus dem CO₂-Preis eins zu eins wieder zurück an die Bürgerinnen und Bürger zu geben. Dafür setzen wir uns ein. Diese 7 Cent werden dann wieder zurückgegeben.

Versuchen Sie doch einmal, Putin und den Ölscheichs in die Tasche zu langen, die sich aufgrund des hohen Preises für die fossilen Energien eine goldene Nase verdient haben. Das Geld bekommen Sie nicht mehr zurück. Das Geld ist weg. Beim CO₂-Preis sieht es anders aus. Wir GRÜNE setzen uns für nachhaltige Lösungen ein, die das Klima schützen und sozial abgefedert sind. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Stümpfig, Sie haben am Schluss Ihrer Rede gesagt, dass Sie der Bevölkerung die 7 Cent wieder zurückgeben wollen. Wie viel von den 7 Cent wird tatsächlich bei den Leuten ankommen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Unser Energiegeld sieht vor, dass wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis nehmen und wieder zurückgeben. Das sind nicht nur die 7 Cent der Benzinkosten. Das betrifft sowohl die Mobilität als auch den Wärmebereich. Momentan stehen wir in Berlin – nicht ich persönlich – in Verhandlungen über die Umsetzung. Wenn ich von "wir" spreche, meine ich Grün, Rot und Gelb. Die Idee dahinter ist: Das haben wir in der Hand. Die Einnahmen können wir wieder zurückgeben, weil wir sie generieren. Bei den fossilen Energien ist dieses Geld definitiv weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat nun der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege, es ist erstaunlich, in welchem Wolkenkuckucksheim Sie zu Hause sind. Sie negieren vollkommen die ländlichen Räume. Ich denke nur an meinen eigenen Stimmkreis. Ich nenne einmal den Ort Tschirn. Dort wohnt eine Familie. Er arbeitet in Tettau tüchtig als Arbeiter in einem Glaswerk. Sie arbeitet in Sonneberg im Krankenhaus als Krankenschwester. Sie fabulieren von einem öffentlichen Nahverkehr. In dieser Gegend kann man vermutlich überhaupt kein Gleis bauen. Jetzt fährt dort immer noch kein vollbesetzter Bus, weil einfach zu wenige Fahrgäste auf einer Strecke unterwegs sind. Sie verantworten, dass diese Menschen sozial und gesellschaftlich abgehängt werden. Wie erklären Sie diesen Menschen, dass sie zwei Euro für einen Liter Diesel zahlen sollen, bloß um Ihre Fantasien zu befriedigen?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich wohne im ländlichen Raum. Es ist durchaus machbar, für den ländlichen Raum nachhaltige Konzepte zu entwickeln. Die Lösung, Benzin an der Tankstelle um 7 Cent billiger zu machen, ist kurzfristig. Die Reduzierung des Benzinpreises um 7 Cent hilft niemandem. Wir setzen uns für nachhaltige Lösungen ein, die über viele Jahre tragen und den Menschen eine Perspektive geben. Das wollen Sie nicht. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Abgeordneter Manfred Eibl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER stehen ganz klar für das anvisierte Klimaschutzziel. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Es ist zwingend notwendig – das richte ich noch einmal ganz explizit an die AfD –, dem nachweislich vom Menschen gemachten Klimawandel mit gezielten Maßnahmen, die sozialverträglich sind, entgegenzuwirken. Dahin gehend kann eine Lenkungssteuer wie die CO₂-Bepreisung auf Kraftstoffe mit dazu beitragen, positive Effekte zu erzielen. Alle in diesem Hause und auch die Menschen draußen sind angehalten, die Nutzung fossiler Energieträger zu reduzieren und erneuerbare Energien auszubauen. Genau diesen Weg wollen wir gehen.

Nach den aktuellen Beschlüssen des Bundes wurde vereinbart, die CO₂-Bepreisung schrittweise bis zum Jahr 2025 auf 55 Euro pro Tonne zu erhöhen. Trotz der aktuell dramatisch steigenden Rohölpreise ist das ein zumutbares Maß. Wir FREIE WÄHLER setzen auf eine ausgewogene Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, sodass im Sinne eines integrierten und konsistenten Gesamtkonzepts die energiewirtschaftlichen Ziele – Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit – gleichberechtigt gesehen werden. Wir brauchen einen technologieoffenen, marktwirtschaftlichen und kosteneffizienten Ansatz, um Anreize zu setzen und nachhaltige Alternativen zu entfalten.

Herr Stümpfig, bei allem Tun und Handeln sind natürlich die Belange der Menschen draußen und der privaten Haushalte anzuerkennen. So haben wir alle, die in diesem Plenum sitzen, die Verpflichtung, alles Mögliche zu tun, dass sich diese Belastung in einem verträglichen Rahmen bewegt. Wir müssen die Befürchtungen und Ängste schon ernst nehmen. In ländlichen Räumen haben wir schon andere Voraussetzungen als in urbanen oder suburbanen Räumen. Dort wird aufgrund fehlender Mobilitätsalternativen der Individualverkehr natürlich noch eine Rolle spielen. Ich kann Ihnen sagen: Wir FREIE WÄHLER nehmen dieses Thema sehr ernst. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Michael Busch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren Abgeordnete der AfD-Fraktion, ich kann es einfach nicht sein lassen. Frau Ebner-Steiner, vorhin haben Sie gezeigt, wie Sie mit Wahrnehmungsproblemen umgehen. Sie bemängelten vorhin die große Menge der Anträge der GRÜNEN. Die Wahrheit ist, dass wir uns heute mit neun Anträgen der GRÜNEN auseinandergesetzt haben, und jetzt behandeln wir die Anträge 11, 12 und 13 der AfD. Über den Sinn und Unsinn dieser Anträge ist schon vieles gesagt worden. Das behalte ich mir jetzt vor. Jeder kann sich seine Meinung darüber bilden. Bei Ihnen geht es immer nur um Schlagworte. Mit Ihrer Rede, die Sie hier gehalten haben, kann man den einen oder anderen gewinnen.

Es geht jedoch nicht darum, die Benzinpreise zu reduzieren. Es geht darum, die Klimaschutzziele zu erreichen. Das ist das, was wir wollen. Es geht um unsere Kinder und Kindeskinde. Herr Kollege Miskowitsch, Herr Kollege Stümpfig und Herr Kollege Eibl haben alle Argumente auf den Tisch gelegt. Diese Argumente lagen bereits im Wirtschaftsausschuss alle auf dem Tisch. Die CO₂-Bepreisung ist ein wichtiges Steuerungsinstrument zur Umstellung auf klimafreundliche Alternativen. Die Anpassungskosten an den Klimawandel sind um einiges höher als die Vermeidungskosten. Ich zitiere gerne den Präsidenten des DIW, Marcel Fratzscher, im "Handelsblatt" vom 11.10.2021:

Der Klimaschutz wird die Energiepreise langfristig senken. Erneuerbare Energien sind effizienter und somit günstiger als fossile Energieträger.

Da müssen wir hinkommen. Das wird nachhaltig unsere Zukunft sichern.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne ist Ihr Antrag kontraproduktiv. Auf die einzelnen Punkte, die von allen schon genannt worden sind, will ich gar nicht mehr eingehen. Wir haben das im Ausschuss zur Genüge durchgesprochen. Sie haben den Antrag nur hochgezogen, um zu sagen: Wir tun etwas für die Pendler. Das reicht nicht. Das merken die Menschen auch. Sie wissen, dass wir etwas für den Klimaschutz tun müssen. Wir haben Alternativen aufgezeigt, die sozialverträglich sind. Wir nennen es Klimageld, die GRÜNEN nennen es anders. Im Grunde soll beides den CO₂-Preis ausgleichen, und zwar pro Kopf, damit dies zur Entlastung der schwächeren Haushalte führt. Bis zum Jahr 2025 soll die EEG-Umlage zur Senkung des Strompreises abgeschafft werden. Die Gegenfinanzierung soll über den Bundeshaushalt erfolgen. Immer mehr Bürger erkennen, dass wir unsere Zukunft sichern müssen. Das macht es aus. Vielen herzlichen Dank. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag deswegen ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile dazu dem Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Michael Busch (SPD): – Das habe ich mir gedacht.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Busch, lieber Michael! Wir haben denselben Wahlkreis. Durch eine rote Maske wird die Politik nicht unbedingt sozialer. Die Frage an dich: Du sprichst gerade davon, die Bürger zu entlasten. Wir haben ja aber auch gerade für unsere Rentner Verantwortung, die vielleicht im kommenden Jahr bei uns im kalten Coburg mit einer riesengroßen Nebenkostennachzahlung konfrontiert sind. Was sind da deine Vorstellungen? Was sind die Intentionen der SPD? Wie wollt ihr die Bürger mit der Politik, die ihr macht, vor solchen Nachzahlungen bewahren? – Ich wäre dir recht dankbar, wenn du das den Menschen bei uns oben in Oberfranken kurz erklären würdest.

Michael Busch (SPD): Ich habe es gerade eben erklärt. Ich habe gesagt, was wir tun wollen, damit es die Schwächeren nicht so trifft. Machen wir uns aber – das ist vorhin mehrfach genannt worden – nichts vor: Wir werden – gerade beim Benzinpreis – immer wieder und weiterhin Schwankungen haben. Wir brauchen deswegen alternative Energien. Wir müssen diese so schnell wie möglich ausbauen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die AfD hier im Plenum einen Antrag stellt, fängt sie erst mal mit Beschimpfungen an: Versager, unzurechnungsfähig – das waren die ersten Worte, die wir gehört haben. So kann man keinen Antrag einbringen. Wenn Sie einfach von vornherein von solchen Dingen ausgehen, dann brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden. Dann kann man einfach gleich sagen: Wir lehnen die Anträge ab. Aus!

Tatsächlich ist es so: Auch wir von der FDP sind schon immer der Meinung gewesen, der CO₂-Preis ist notwendig. Wir haben dafür mit Lukas Köhler in Berlin einen hervorragenden Mann, der euch das einmal so erklären kann, dass ihr es versteht. Wir sind für eine CO₂-Bepreisung und setzen auf eine europäische Linie. Tatsächlich ist es so: Auch wir haben vor einem hohen Benzinpreis Angst. Auch wir reden deswegen die ganze Zeit davon, Steuern, Abgaben und Umlagen auf Benzin zu senken. Das bringt was. Wir reden bei CO₂ über 7 Cent. Wir reden aber über einen viel höheren Steuersatz und andere Abgaben, die draufkommen.

Wir wollen das Klima auf alle Fälle genauso in Schutz nehmen wie alle anderen Parteien. Wir gehen mit den GRÜNEN und der einseitigen Festlegung auf Elektromobilität

nicht ganz mit. Für uns ist Technologieoffenheit das Wichtigste. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.